

Nachrichten

PLANUNG & STÄDTEBAU



In der Region Zürich beschäftigt die Wählerinnen kaum ein Thema mehr als bezahlbares Wohnen.

Planung & Städtebau

PLANUNG VS. MARKT

Text: Andres Herzog / 16.09.2015 11:21

In der Region Zürich beschäftigt die Wählerinnen kaum ein Thema mehr als bezahlbares Wohnen. Die Wohnbaugenossenschaften Schweiz und der Mieterinnen- und Mieterverband Zürich wollten es darum gestern Abend genau wissen: Sie luden die Ständeratskandidaten aufs Podium und Rahel Marti vom Hochparterre fühlte ihnen auf den Zahn. Die Positionen waren schnell ausgemacht, was vielleicht auch daran lag, dass die CVP-Kandidatin Barbara Schmid-Federer krankheitshalber fehlte. «Der Markt soll bestimmen», meinte Hans-Ueli Vogt von der SVP, den es vor der linken «Planwirtschaft» schauderte. Auch Ruedi Noser von der FDP sieht keinen akuten Handlungsbedarf: «Die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird sich einpendeln.» Wichtig sei nur, nicht in «Kochsche Manie zu verfallen», sondern kontinuierlich Wohnraum zu schaffen. Je weniger Bürokratie, desto mehr werde gebaut. Also versprach Noser, in Bundesbern die Bauordnungen zu vereinheitlichen. Dem pflichtete Martin Bäumle von der GLP bei. Er will den gemeinnützigen Wohnbau auf nationaler Ebene ebenfalls nicht direkt fördern. «Das ist eine kommunale Aufgabe.»

Anders tönt es von links. Der Markt werde es nicht richten, so Daniel Jositsch von der SP. «Der gemeinnützige Wohnbau ist das einzige Modell für bezahlbare Mieten.» Helfen will er der Sache auch, indem er in Bern das Mietrecht revidiert. «Es geht nicht nur um die Kosten», betonte Bastien Girod von den Grünen. «Genossenschaften sind wichtig für das Zusammenleben in einem Quartier.» Sie würden mit gutem Beispiel vorgehen. Und ohne Planung, die koordiniere, sei die Lebensqualität geringer.

Soweit die Auslegeordnung. Aber was schlagen die Politiker konkret vor, zum Beispiel beim Innovationspark Dübendorf? Bäumle plädierte zwar grundsätzlich dafür, dass Gemeinden ihre Landreserven im Baurecht an gemeinnützige Bauträger abgeben, um die Durchmischung zu fördern. «Aber der Innovationspark ist der falsche Ort, um primär untere Schichten anzusiedeln», so der Grünliberale. Für Girod ist klar: Gerade für die jungen Forscher und Startup-Gründer brauche es günstige Wohnungen beim Innovationspark. Girod machte sich ausserdem für eine Mehrwertabschöpfung stark, um den Dichtestress zum Beispiel mit Parks zu lindern. Auch Bäumle forderte mehr Freiräume. Noser sieht die Situation bürgerlich gelassen. «Die Leute ziehen freiwillig aus dem Einfamilienhaus in Grossüberbauungen, weil sie einsam sind.»

Sauber von links nach rechts geteilt sind die Meinungen auch bezüglich energetischen Sanierungen, die die Mieten verteuern können. «Die Energiewende kostet, aber langfristig sollte sie sich rentieren», sagte Jositsch. Darum brauche es eine Lenkungsabgabe. Dafür ist selbstverständlich auch Bäumle, der aber grünliberal klarstellte: «Man sollte ökologische und soziale Aspekte nicht vermischen.» Vogt wiederum will den Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie dem Markt überlassen. Aber eigentlich forderte er die «Wende der Energiewende». «Ich will nicht, dass der Staat bestimmt, wann meine Sonnenstoren am Sonntagmorgen hochfahren», schimpfte er über Minergie. Worauf ihm Jositsch sein Schlafzimmer anbot: «Ich schlafe sowieso nie aus.» Trotz der klaren Fronten: Auch im Ständeratswahlkampf darf gelacht werden.

<http://www.hochparterre.ch/nachrichten/planung-staedtebau/blog/post/detail/planung-vs-markt/1442395342/>